



BUND-RV Donau-Iller, Pfauengasse 28, 89073 Ulm

Regierungspräsidium Tübingen
z. Hd. Herrn Andreas Wolf
Konrad-Adenauer-Str. 20
72016 Tübingen

**Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland**

LV Baden-Württemberg e.V.
Regionalverband Donau-Iller
15.12.2008

**Errichtung und Betrieb eines EBS-Heizkraftwerks im Bereich des Zementwerks
Schelklingen durch die Firma Vattenfall Europe New Energy GmbH**

Bezug: Ihr Schreiben vom 10.11.2008, Ihr Zeichen AZ 51 P-5/8823.12-1/Vattenfall

Sehr geehrter Herr Wolf,

zu diesem Verfahren geben wir im Namen und im Auftrag des BUND-Landesverbandes
Baden-Württemberg nachfolgende Stellungnahme ab:

**Der BUND lehnt die Planung aus nachfolgend ausführlich dargelegten
Gründen ab, fordert den Antragsteller zur Rücknahme seines Antrages
und das Regierungspräsidium zum Versagen der Genehmigung auf.**

Für den Fall, dass Antragsteller bzw. Genehmigungsbehörde dem nicht nachkommen,
sind in unserer u. f. Begründung zahlreiche Forderungen und Hinweise auf erforderliche
umfangreiche Nachbesserungen enthalten.

1. Zuverlässigkeit des Betreibers, Alternativen

- a. Die **Bürgerschaft** der Stadt Schelklingen hat sich im Rahmen eines Bürgerentscheids bei einer hohen Beteiligung mit sehr deutlicher Mehrheit gegen das Projekt ausgesprochen. Der Antragsteller hatte im Vorfach mehrfach betont, den Willen von Bevölkerung bzw. Gemeinderat zu respektieren. Dies lässt Zweifel an der Verlässlichkeit des Antragstellers aufkommen.
- b. Die Zuverlässigkeit des Antragstellers muss auch im Hinblick auf andere Verfahren hinterfragt werden, weshalb wir das Regierungspräsidium auffordern, einen **Auszug aus dem Gewerbezentralregister bei der Bundesanwaltschaft** einzuholen. Die Fragestellung muss lauten, ob der Antragsteller bzw. die beteiligten Firmen VATTENFALL EUROPE AG oder deren Tochterfirmen sowie die HeidelbergCement AG oder deren Tochterfirmen bereits kartellrechtlich oder in Bezug auf Umweltrecht oder Anlagensicherheit bezüglich von Verstößen aktenkundig sind. In diesem Fall wären besondere Auflagen und behördliche Kontrollmaßnahmen gegenüber dem Betreiber erforderlich.
- c. Nach den vorliegenden Unterlagen ist nicht erkennbar, dass **Alternativen einer Energie- bzw. Stromgewinnung** für das Zementwerk Schelklingen untersucht wurden (bspw. Windkraftanlagen, Gas- und Dampf-Kraftwerk, Biomasseheizkraftwerk). In der Umweltverträglichkeitsstudie wurde auch nicht, wie erforderlich, die Nullvariante untersucht.

2. Abfallrechtliche Grundsätze

- a. Bei der Planung handelt es sich nicht, wie suggeriert wird, um ein Kraftwerk, in dem etwa Abfälle *verwertet* werden, sondern eine **Müllverbrennungsanlage**, die der *Abfallentsorgung* dient. Sie unterliegt damit auch den Regelungen des Abfallrechts und müsste im Abfallwirtschaftsplan des Landes Baden-Württemberg aufgeführt sein, was jedoch nicht der Fall ist.
- b. Durch den derzeit in ganz Deutschland stattfindenden massiven Aufbau von Verbrennungskapazitäten für EBS wird der im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) verankerte **Grundsatz „Vermeiden vor (stofflich) Verwerten vor Entsorgen“** auf den Kopf gestellt: Die neuen Verbrennungsanlagen bzw. Kraftwerke – so auch das EBS-Kraftwerk in Schelklingen - produzieren geradezu mit Hilfe von Abnahmeverträgen den Bedarf dafür, dass der Markt EBS bzw. Müll liefert.

3. Brennstoffe (Abfälle)

3.1. Eingesetzte Abfälle zur Verbrennung, Abfallartenkatalog

- a. Die beantragten Abfälle (Abfallschlüsselnummern (ASN) gemäß Abfallverzeichnisverordnung) erfüllen zum Teil weder das **Heizwertkriterium** gemäß KrW-/AbfG noch den beantragten **Mindestheizwert** von 11,0 MJ/kg. Insbesondere die beantragten ASN 190501 und 190801 können wegen hoher Wasser- und Ascheanteile nicht als heizwertreicher Abfall und somit für das beantragte Vorhaben als nicht genehmigungsfähig betrachtet werden.

- b. Als besonders kritisch ist die beantragte Abfallschlüsselnummer 160306, die durchaus als „Wundertüte“ bezüglich der Schadstoffgehalte und Inhaltsstoffe zu betrachten ist. Auch diese Abfallart betrachten wir für das beantragte Vorhaben als **nicht genehmigungsfähig**.
- c. Entscheidend sind Heizwerte und Schadstoffgehalte von Abfällen vor dem Vermischen mit anderen Abfällen (Vermischungsverbot). Im Folgenden wird bezüglich der Kritik fehlender Angaben zu einzelnen Abfällen auch auf das Vermischungsverbot Bezug genommen.

3.2. Kontrolle und Ausschlussprinzipien für Brennstofflieferanten

- a. Für die Brennstofflieferanten muss gelten, dass die Heizwerte und Schadstoffgehalte der Abfälle, die zur Aufbereitung als Brennstoff verwendet werden, die beantragten Werte für das Vorhaben nicht überschreiten dürfen. Dieser **Nachweis**, dass kein Abfall aus dem Annahmekatalog des Lieferanten/ Aufbereiters Schadstoffparameter überschreitet, **fehlt** bisher und ist in den Antragsunterlagen von den vorgesehenen Lieferanten als verbindliche Erklärung vorzulegen, um eine Umgehung des Vermischungsverbotes von Abfällen mit dem Ziel, Schadstoffgehalte durch Vermischen zu „verdünnen“, zu unterbinden.
- b. Alle Lieferanten, die Abfälle annehmen, die jeweils einzeln Grenzwerte für bestimmte Schadstoffparameter des beantragten Brennstoffs überschreiten, sind von vornherein als Lieferant unzulässig und daher auszuschließen.

3.3. Schadstoffgehalt im Abfall, besonders überwachungsbedürftige Sekundärabfälle

- a. Die **Angaben zum Schadstoffgehalt** der beantragten Abfälle sind fehlerhaft und unvollständig. Einzelangaben zu den Schwermetallen fehlen, die Angaben entsprechen nicht den einschlägigen immissionsschutzrechtlichen Vorschriften.
- b. Es fehlen **Angaben zu der geringsten und höchsten stündlichen Einsatzmenge** der einzelnen zur Verbrennung beantragten Abfallarten, die Angaben entsprechen auch für diese Vorgabe zu Genehmigungsunterlagen nicht den einschlägigen immissionsschutzrechtlichen Vorschriften.
- c. Als Konsequenz der Schadstoffgehalte im zur Verbrennung beantragten Abfall sind die Sekundärabfälle Rostasche, Flugasche (Kesselasche) und RRA-Produkt als **besonders überwachungsbedürftige Abfälle** einzustufen und entsprechende Entsorgungsnachweise beizubringen. Im Rahmen einer Stoffstromanalyse können die Schadstoffgehalte der Sekundärabfälle gut abgeschätzt werden.
- d. Da der Antragsteller für einzelne Schwermetalle im zur Verbrennung beantragten Abfall keine Angaben macht, ist bei der Bewertung der Sekundärabfälle für jedes einzelne Schwermetall jeweils der Maximalwert, d. h. der Summenwert für alle Schwermetalle, zur Bewertung des Gefährdungspotenzials zu berechnen.

3.4. Abfallmengen, Heizwert, Feuerungswärmeleistung, Verbrennungstemperatur, gefährliche Abfälle

- a. Beantragt wird ein Mindestheizwert von 11,0 MJ/kg und eine maximale Feuerungswärmeleistung von 129,25 MW_{th}. Beantragt wird ein maximaler Abfalldurchsatz von 31,1 t/h. Beim Mindestheizwert von 11,0 MJ/kg und der beantragten Feuerungswärmeleistung von 129,25 MW beträgt der **Abfalldurchsatz** weit mehr als beantragt, nämlich 42,3 t/h. Auf Basis dieser Daten wurden im Antrag weder Abgasdaten angegeben noch Bewertungen der Umweltverträglichkeit durchgeführt. Der Antrag ist somit unvollständig.
- b. Die beantragte Menge von 1.200 t/a Heizöl als Stützfeuerung zeigt zum einen zusätzlich die **Heizwertproblematik** auf, fördert aber auch die **Besorgnis unvollständiger Verbrennung**. Die Beantragung von 2 Gew.-% Chlor-verbindungen als Chlor im Brennstoff impliziert, dass eine Verbrennungs-temperatur von 1.100°C erforderlich ist.
- c. Da keine näheren **Angaben zum Brennstoff**, insbesondere bezüglich der Schwermetallgehalte, gemacht werden, ist grundsätzlich bis zum Nachweis des Gegenteils von beantragten gefährlichen Abfällen als Brennstoff auszugehen, für die bei mehr als 1 Gew.-% Chlor eine Verbrennungs-temperatur von 1.100°C in der 17.BImSchV zwingend vorgeschrieben ist. Der Nachweis der Einhaltung der erforderlichen Verbrennungstemperatur wurde nicht erbracht.

3.5. Wirtschaftlichkeit

- a. Angesichts gestiegener und vsl. weiter **steigender Rohstoffpreise** und absehbarer Verknappungen etwa bei Öl, Kohle, Stahl und diversen Metallen ist zu erwarten, dass die Bemühungen verstärkt werden, Rohstoffe wesentlich effizienter als heute zu nutzen und somit das Abfallaufkommen zu reduzieren. Sollte jedoch durch effizientere Material- und Rohstoffnutzung die Menge an zur Verfügung stehenden EBS sinken, wird es früher oder später dazu kommen, dass Betreiber von EBS-Kraftwerken für ihren Brennstoff nicht mehr **Geld** erhalten, sondern umgekehrt **in die Hand nehmen** müssen, um ihn zu bezahlen. Spätestens dann ist die Wirtschaftlichkeit der Anlage vermutlich nicht mehr gegeben und es muss befürchtet werden, dass ökologisch bedenkliche Brennstoffe eingesetzt werden.
- b. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass **Nachweise für die dauerhafte Verfügbarkeit von EBS** vorgelegt werden.

4. Abgasemissionen

- a. **Das Vorhaben verstößt in seiner beantragten Form gegen § 5 Abs. 1 BImSchG**, da zu befürchten ist, dass durch den Betrieb in der vorgesehenen Art und Weise unter anderem schädliche Luft- und Bodenverunreinigungen auftreten, die zusätzlich zu den ohnehin schon vorhandenen hohen Vorbelastungen die Gesundheit der Bevölkerung maßgeblich gefährden. Selbst ein Einhalten der **Grenzwerte** für Emissionen und Immissionen nach der 17. BImSchV schützt die Bevölkerung nicht vor gesundheitlichen Gefahren, was insb. für Kinder, kranke und ältere Menschen gilt.

- b. Der Antragsteller gibt sogar zu, dass für Stickoxide, Dioxine und Furane am Ort der maximalen Zusatzbelastung **die Irrelevanzgrenzen der TA Luft überschritten** wird. An den Beurteilungspunkten (BUP) 1-8 und 10, an denen sich Menschen nicht nur vorübergehend aufhalten, werden die Irrelevanzgrenzen der TA-Luft eingehalten, nicht jedoch am BUP 9 (FFH-Gebiete Tiefental und Schmiechtal). Hier treten geringe **Überschreitungen der Irrelevanzgrenze für Cadmium und Benzo(a)pyrene** auf.
- c. Die beantragten Emissionsgrenzwerte beziehen sich auf 11 Vol.-% Sauerstoffgehalt im Abgas. Die Emissionsmassenströme und das Rauchgasvolumen sind im Antrag auf 9 Vol.-% Sauerstoffgehalt im Abgas als Betriebssauerstoffgehalt auch im entsprechenden Formblatt falsch angegeben.
- d. Im Ergebnis sind die beantragten **Emissionsmassenströme tatsächlich um 20 % höher als angegeben** wird. Der Rauchgasvolumenstrom beträgt bei 11 Vol.-% Sauerstoffgehalt 241.300 Nm³/h trocken und nicht 201.000 Nm³/h wie in den Formularen und der Anlagenbeschreibung angegeben.
- e. Im Ergebnis ist daher auch die **Immissionsprognose für Luftschadstoffe** – unbesehen von dem angesichts der vorhandenen Topografie nicht TA-Luft-konformen Modell - bereits wegen zu geringer Eingangsdaten der Massenströme **fehlerhaft** und unterbewertend.
- f. Es werden **lediglich 12 Stoffe bezüglich des Schadstoffausstoßes untersucht**. Der Rest wird einfach verschwiegen. So sind z. B. keine Emissionsgrenzwerte festgelegt für PCB, Chlorbenzole, Chlorphenole, bromierte Dioxine und Furane. Durch die **Mischhalogenierung** (Chlor-Brom) entstehen unzählige hochtoxische Varianten. Die Auswirkungen dieser Zellgifte auf Lebewesen sind bis jetzt nur wenig erforscht.
- g. Es bleibt unklar, wie verhindert werden soll, dass sich bei Abkühlung des Abgasstromes **Dioxine zurückbilden** (s. 16.3.2.2, 16.3.2.3).
- h. Entstehende **Dioxine und Furane** werden nicht ihrer Toxizität entsprechend behandelt, sie sollen **weder kontrolliert noch gemessen** werden. Es sind keine Angaben über die Probenahmezeit von Dioxinen und Furanen zu finden.
- i. Nach § 3 BImSchG ist bei entspr. Anlagen der Stand der Technik anzuwenden. Bei der Rauchgasreinigung sind Rauchgasreinigungsanlagen regulärer Müllverbrennungsanlagen Stand der Technik. Deren Schadstoff-konzentrationen im Abgas liegen daher erheblich unter denen der beantragten Anlage. Stand der Technik im Sinne des Gesetzes für thermische Abfall-verwertung und -beseitigung ist nicht die maximale Ausschöpfung der 17. BImSchG, sondern die Anwendung der aktuellen Technik vergleichbarer Anlagen. **Die geplante Rauchgasreinigungsanlage entspricht jedoch offenbar nicht dem besten Stand der Technik**. Die von der Anlage ausgehenden Schadstoffemissionen bei der Verbrennung der Abfälle sind zu hoch und führen zu vermeidbaren Belastungen im Umfeld der Anlage.
- j. Es ist zu befürchten, dass bei der gewählten Betriebsweise im Anfahrbetrieb **erhebliche Mengen organischer Schadstoffe freigesetzt** werden können. Das gilt erst recht für eine etwaige Notumgehung der Filteranlage im Störfall. Es ist nicht ersichtlich, welche Gefährdungen bei einem Ausfall der Filteranlage zu erwarten sind. In diesem Punkt entspricht die Anlage ebenfalls nicht dem Stand der Technik. Stand der Technik bei der Reinigung der Abluft von Abfallverbrennungsanlagen sind mehrstufige Systeme, die die

gesetzlich geregelten Schadstoffgrenzwerte bei weitem unterschreiten. Das in der Anlage vorgesehene SNCR-Verfahren ist im Gegensatz zum SCR-Verfahren **ungeeignet, die Vorgaben der 17. BImSchV** einzuhalten. Wir fordern den Einsatz der besten zur Verfügung stehenden Rauchgasreinigungstechnik, die einen effektiven Schutz zur Vorsorge der Bevölkerung ermöglicht. Die Anwendung des Stands der Technik ist dem Anlagenbetreiber wirtschaftlich zuzumuten.

- k. **Wir bezweifeln die Richtigkeit der Annahmen der Berechnungen bei Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes.** Die Ausgangswerte für die Berechnung beruhen auf Annahmen und Angaben des Betreibers. Für den Fall eines Brandes im Brennstoffbunker wurde eine Emissionsdauer von 30 Minuten angenommen. Es ist bekannt, dass ein Brand in einem Mülllager nicht in so kurzer Zeit zu löschen ist. Ebenso ist die theoretische Annahme, dass im Falle des Ausfalls der Abgasreinigung die Emission nach nur 30 Minuten praktisch Null sein soll, nicht nachvollziehbar, da bekannt ist, dass die Verbrennungslinien nicht abrupt gestoppt werden können. Bereits eine kurzzeitige einmalige Überschreitung der Emissionsgrenzwerte kann jedoch toxikologisch wirksam sein.
- l. Eine detaillierte Untersuchung der erheblichen **Vorbelastung mit Schadstoffen** in der unmittelbaren Umgebung des geplanten Kraftwerks (Zementwerk!) ist nicht erfolgt. Für die Bestimmung der Vorbelastung wurden Messwerte aus Ulm und Tübingen verwendet. Dies stellt einen erheblichen Fehler bzw. Mangel dar – denn ohne die konkrete Vorbelastung zu kennen kann auch die letztlich entscheidende Gesamtbelastung nicht bestimmt werden. Auf Vorbelastungsuntersuchungen kann auch nicht aufgrund einer „Irrelevanz“ verzichtet werden. Im Gegensatz zur Auffassung des Antragstellers ist die „Irrelevanz“ nicht gesichert. Wir fordern eine Gesamtbetrachtung der aktuellen Vorbelastung mittels eines human-toxikologischen Gutachtens durch einen *unabhängigen* Gutachter.
- m. **Die Ausbreitungsberechnung der Immissionen ist fehlerhaft, da**
 - a. eine in den Jahren 1986-1988 durchgeführte Windanalyse nicht für die Berechnung verwendet wurde. Ersatzweise wurde auf ein Gutachten des Deutschen Wetterdienst (DWD) zurück gegriffen, welches die in *Ulm* herrschenden Luftverhältnisse als Berechnungsgrundlage verwendet. Die topographischen und gelände- wie großklimatischen Verhältnisse dort unterscheiden sich jedoch grundlegend von denen in Schelklingen und sind folglich nicht auf den geplanten Anlagenstandort übertragbar. Wir verweisen auf den abschließenden Satz im DWD-Gutachten: „Für exaktere Angaben wären Messungen vor Ort für die Dauer eines Jahres in geeigneter Höhe über Grund und/oder Modellrechnungen erforderlich.“ Dies ist beides nicht erfolgt.
 - b. die Anzahl der Beurteilungspunkte (BUP) zu gering ist und die Punkte ausschließlich in unbewohntem Gebiet liegen.
 - c. Die BUP vorwiegend *westlich* des Werkes liegen, somit abseits der Hauptwindrichtung. Für die Kernstadt von Schelklingen sowie Orte wie Ringingen, Pappelau, Beiningen oder Weiler, aber auch das nahe gelegene Schmiechen gibt es keine Beurteilungspunkte.
 - d. Wir fordern daher ein Gutachten, das die tatsächlichen Luftströmungsverhältnisse in Schelklingen berücksichtigt sowie Beurteilungspunkte im bewohnten Gebiet incl. der umliegenden Gemeinden bzw. Ortschaften vorsieht – s. Punkt 4.6.2.6 TA Luft 2002.

- n. Eine korrekte **Ermittlung der Kaminbauhöhe und entsprechend eine korrekte Festlegung des Untersuchungsgebietes** nach TA Luft 2002 wird angezweifelt. Es wurden weder mittlere Gebäudehöhen noch Geländeunebenheiten entsprechend der Vorgaben der TA Luft 2002 zutreffend berücksichtigt. Wir verweisen zum einen auf die erheblichen Gebäudekubaturen des benachbarten Zementwerks und zum anderen auf die besondere Topografie der Umgebung und des Untersuchungsgebietes, die bei der Ermittlung der Kaminbauhöhe und des Untersuchungsgebietes nach TA Luft 2002 nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Wir weisen darauf hin, dass auch wegen der angesprochenen fehlerhaft angegebenen Emissionsmassenströme bereits der emissionsbedingte Anteil der Kaminbauhöhe nach TA Luft 2002 fehlerhaft und zu niedrig ermittelt wurde.
- o. Die vorgesehene **Rauchgasreinigung** erfüllt nicht die in den Formblättern angegebenen Abscheidegrade, insbesondere unter Berücksichtigung der beantragten Einsatzmengen an Sorbentien.
- p. Wegen zu geringer Dosierung von Herdofenkoks ist mit **Überschreitungen der Grenzwerte bei Schwermetallen, PCDD/F, PBDD/F und polyzyklischen Aromaten** zu rechnen. Herdofenkoks wird nur mit Anteil von 1,9 Gew.-% im Verhältnis zu Natriumhydrogencarbonat eingedüst. Bereits bei Altholzverbrennungsanlagen ist die Minstdosierung 5 Gew.-%. Die Rauchgasreinigung ist völlig unzureichend konzipiert.
- q. Auch die **Wahl von minderwertigem Herdofenkoks** anstatt höherwertiger Aktivkohle verringert die Abscheidegrade für Schwermetalle, PCDD/F, PBDD/F und polyzyklischen Aromaten.
- r. Diese beiden Sachverhalte kumulieren sich in der Wirkung zu einer **hohen Wahrscheinlichkeit, regelmäßig Grenzwerte zu überschreiten**. Die vorgesehene Rauchgasreinigung ist – da nicht dem fortschrittlichen Stand der Technik entsprechend – nicht genehmigungsfähig.

5. Lärmemissionen

- a. Da der Antragsteller falsche Angaben zur maximalen Brennstoffmenge getätigt hat, hat dies auch Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch bezüglich des Lärmschutzes. Für die Brennstofflogistik bedeutet die höhere Brennstoffmenge bei Mindestheizwert und Maximalfeuerungswärmeleistung, dass das tatsächliche LKW-Aufkommen weit höher sein kann als veranschlagt wurde. Dies hat zur Folge, dass auch die **Lärmimmissionsprognose fehlerhaft** ist, wenn mit maximaler Feuerungswärmeleistung Abfälle mit Mindestheizwert verbrannt werden.
- b. Nicht berücksichtigt wurde, dass das Zementwerk Allmendingen den Anteil an EBS-Brennstoffen von 60 auf 100 Prozent erhöhen will, so dass die **aktuelle Ausgangslage für das Verkehrsgutachten schon bald nicht mehr gegeben** sein wird, da der bisher auf der Schiene erfolgende Transport des Brennstoffs (Kohlestaub) auf die Straße verlagert wird. Diese Entwicklung wurde im Gutachten nicht berücksichtigt, was auch für die geplante Erhöhung der Sekundärrohstoffmenge im Zementwerk Schelklingen gilt.

- c. Das Verkehrsgutachten bestätigt, dass „sich die **Lärmbelastung an den untersuchten Strassen z. T. bereits im Bestand auf sehr hohem Niveau** bewegt“. Es ist daher davon auszugehen, dass die Lärm-Grenzwerte durch den durch das geplante Kraftwerk entstehenden Verkehr nun überschritten werden.

6. Verkehr

- a. Aus den ausgelegten Unterlagen geht nicht hervor, dass ein **An- oder Abtransport per Schiene** geprüft wurde. Wir fordern, dass dies v. a. im Hinblick auf den vorhandenen Gleisanschluss des Zementwerks nachgeholt wird.
- b. Das erhöhte Lkw- bzw. Schwerlastverkehrsaufkommen führt zu weiteren Abgas- und Lärmemissionen sowie zu **erhöhten Sicherheitsrisiken** (Unfallgefahr) entlang der jeweiligen Routen.

7. Klimaschutz

- a. Nachdem für die Zementindustrie bereits großzügige Ausnahmeregelungen bei Ökosteuer und Handel mit CO₂-Zertifikaten gelten, wird auch die Lieferung von Strom durch ein EBS-Kraftwerk **keine Impulse in Richtung Energie-einsparung** geben.
- b. Da EBS einen geringeren Heizwert als Regelbrennstoffe haben, hat das Kraftwerk nur einen **sehr geringen Wirkungsgrad**, solange nicht wenigstens die entstehende Abwärme genutzt wird.
- c. Die **Vorbehandlung und der Transport der EBS** zum Kraftwerk verursachen einen erheblichen Energieaufwand. Weder dieser noch der ursprünglich zu Herstellung der ursprünglichen Stoffe aufgewendete Energieaufwand („graue Energie“) kann bei der Verbrennung genutzt werden.
- d. Das in Kap. 12 aufgeführte Argument, andernorts würden **CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern eingespart**, daher erfolge kein zusätzlicher Eintrag, trifft nur dann zu, wenn man den Vergleich mit einem Kraftwerk anstellt, welches mit fossilen Brennstoffen bestückt wird.

8. Naturschutz

- a. Die Abgasemissionen der Anlage führen zu Immissionen im **Naturschutzgebiet Schmiechener See** sowie bei den zahlreichen in der Umgebung vorhandenen **FFH- und Vogelschutzgebieten**. In 5.1.6 wird treffend dargelegt, dass „am Ort der max. Zusatzbelastung an einem Beurteilungspunkt im FFH-Gebiet Tiefental und Schmiechtal ... die Irrelevanzgrenzen einzelner Parameter *überschritten*“ werden. Für die seltenen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensräume in diesen Schutzgebieten sind somit erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
- b. Hinzu kommt, dass die Anlage unmittelbar **am Rande des neuen Biosphärengebietes Schwäbische Alb** und dessen Kern- wie Pflegezonen liegt. Dieser Standort ist daher sowohl in naturschutzfachlicher als auch in touristischer Hinsicht nicht akzeptabel.

- c. Die Ausführungen unter 8a. treffen in besonderer Hinsicht auf den **Wander-falken** zu. Eine Studie der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) hat kürzlich alarmierende Ergebnisse geliefert, was die **Belastung von Wanderfalkeneiern mit PCB und Dioxinen** betrifft. Der Messwert für PCB lag in Schelklingen im Vergleich zum Mittelwert besonders hoch. Da der Wanderfalke wie der Mensch am Ende der Nahrungskette steht, können die Werte tendenziell darauf hinweisen, dass vermutlich auch beim Menschen die **Vorbelastung im Gebiet besonders hoch** ist. Auch dieser Aspekt begründet unsere Forderung nach einer gründlichen Untersuchung der Vorbelastung mittels eines **humantoxikologischen Gutachtens durch einen neutralen Sachverständigen**.
- d. Der Wanderfalke ist eine streng geschützte Art nach der EU-Vogel-schutzrichtlinie. **Deshalb darf sein Lebensraum, in diesem Fall ein ausgewiesenes Vogelschutzgebiet, nicht beeinträchtigt werden.** (§ 37 Landesnaturschutzgesetz - Verschlechterungsverbot, § 36 Bundesnaturschutzgesetz - stoffliche Belastungen). Ein zusätzlicher Schadstoffeintrag aus dem geplanten „Kraftwerk“ wäre eine eindeutige Verschlechterung. Eine Ausnahmeregelung kann es für die geplante Anlage nicht geben, da sie nicht aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses durchgeführt wird und zumutbare alternativen möglich sind. (s- § 34 Bundesnaturschutzgesetz).
- e. Das **Bergkronenwickenwidderchen** ist ebenfalls eine streng geschützte Art, welches u. a. im Bereich des Schelklinger Sportplatzes vorkommt. Durch die zu befürchtende Zunahme der NOx-Emissionen ist der Lebensraum dieses Tieres – magere Trockenrasen – erheblich von Aufdüngung und somit Zerstörung gefährdet.

9. Schutz von Böden und Grundwasser

- a. In den Unterlagen sind keinerlei Erkenntnisse über evtl. **Altlasten**, die Vorbelastung von Böden und Grundwasser sowie über **Immissions-prognosen** enthalten. Dies ist nachzuholen.
- b. Durch den Betrieb des Kraftwerks ist mit einer **Anreicherung von Schadstoffen im Boden, im Wasser und in Pflanzen** zu rechnen, welche dann schließlich durch die Nahrungskette von Tieren und Menschen aufgenommen und zu gesundheitlichen Risiken führen können.
- c. Der **Anbau von landwirtschaftlichen Produkten** wird damit ebenso beeinträchtigt wie die **Gewinnung von Trinkwasser** und damit letztlich immer die Gesundheit des Menschen.
- d. Das Kraftwerk soll in einem **Wasserschutzgebiet** errichtet werden. Eine erforderliche Ausnahme von den Verboten der Wasserschutzverordnung (im Hinblick auf Heizöl, Ammoniakwasser, Feuerlöschmittel und Hydrauliköl) darf nicht erteilt werden.

10. Wohnqualität, Naherholung

- a. **Wohnqualität und Naherholungswert** insb. der Kernstadt Schelklingen und des Stadtteils Schmiechen werden sich im Hinblick auf die Beeinträchtigungen durch Abgase und Lärm des Kraftwerks sowie den zusätzlichen Lkw-Verkehr verringern.
- b. Dies ist auch im Hinblick auf das gerade entstehende **Biosphärengebiet** Schwäbische Alb von erheblichem Nachteil, zumal sich Schelklingen voraussichtlich zu dessen zentralem Zugangspunkt im Bereich des Alb-Donau-Kreises entwickeln wird.

11. Sicherheit

- a. Der **Brandschutz** ist nicht gewährleistet: Für die Feuerwehr ist keine zweite Zufahrt vorgesehen. Bei Begegnungsverkehr mit Liefer-LKW ist auch die einzige Zufahrt für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge blockiert. Eine den Brandschutzvorschriften entsprechende Feuerwehrumfahrung ist ebenfalls nicht vorhanden. Die Vorschriften der Industriebaurichtlinie und weitere einschlägige Vorschriften zum Brandschutz sind nicht erfüllt. Daher ist die Anlage aus Brandschutzgründen nicht genehmigungsfähig.
- b. Entsprechend dem Gefährdungspotenzial des beantragten Vorhabens ist eine behördlich festzusetzende **Sicherheitsleistung durch den Antragsteller** zu hinterlegen.

Wir gehen angesichts des durch Bürgerentscheid belegten eindeutigen Wunsches der Bevölkerung in Schelklingen, aber auch der Umgebung, des Gemeinderates der Stadt Schelklingen sowie der hier dokumentierten vielfältigen Verstöße gegen verschiedenste Rechtsnormen davon aus, dass der Antragsteller seinen Antrag in Bälde zurück zieht. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein und der anvisierte Erörterungstermin am 11. Februar 2009 stattfinden, werden wir an diesem selbstverständlich teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Ralf Stolz
Regionalgeschäftsführer